

Organisierte Extremismen im vereinten Deutschland: Gefahrenpotentiale im Vergleich

Backes, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Backes, U. (2004). Organisierte Extremismen im vereinten Deutschland: Gefahrenpotentiale im Vergleich. *Totalitarismus und Demokratie*, 1(1), 77-107. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-309473>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Organisierte Extremismen im vereinten Deutschland – Gefahrenpotentiale im Vergleich

Uwe Backes



Dr. Uwe Backes, PD, geb. 1960 in Greime-rath, stv. Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Tech-

nischen Universität Dresden (Anschrift: D-01062 Dresden). Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Geschichte, 1987 Promotion zum Dr. phil. (Universität Trier), 1997 Habilitation (Universität Bay-reuth). 1997–1999 Feodor-Lynen-Forschungsstipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung sowie Heisenberg-Stipendiat der DFG. Gastprofessuren an der Katholischen Universität Eichstätt und an der Universität Paris X-Nanterre

Abstract

The article outlines the development of organized forms of political extremism (left-wing and right-wing extremism, political and religious fundamentalism) with reference to such factors as election results and member counts, and discusses them as a potential threat to the continued existence of the democratic constitutional state. Both legally acknowledged parties and militant formations advocating the use of violence are discussed and subjected to systematic comparison. Contrary to the fears of the founders of democracy in Germany, none of the various forms of political extremism represent a serious threat for the continued existence of the democratic constitutional state. But in view of the widespread resentment of the “political class” in large sectors of the German population, there are dangers in assuming that the gratifyingly high degree of stability achieved by the German constitutional state will automatically and inevitably live on into the future. This will only be the case if it is possible to substantially strengthen the reform potential of a system that in many instances has become hidebound.

I. Einleitung

Die traumatische Erinnerung an den Ansturm totalitärer Bewegungen, die maßgeblich zum Untergang der Weimarer Republik beitrugen, die menschenverachtenden Exzesse des NS-Regimes, aber auch die freiheitsberaubenden Strukturen und Praktiken der SED-Herrschaft erklären die hohe Aufmerksamkeit, die dem politischen Extremismus im westlichen Nachkriegsdeutschland entgegengebracht worden ist. Mit Gründung der Bundesrepublik hatte ein Teil Deutschlands wieder Anschluss an die politische Kultur des „Westens“ gefunden und sich ihr Entwicklungsprodukt erneut angeeignet: den demokratischen Verfas-

sungsstaat. Die Sorge um die dauerhafte Verankerung der nach leidvollen Erfahrungen errungenen freiheitlichen Ordnung trieb die Demokratiegründer um und sollte ein zentrales Anliegen von Politik und Wissenschaft bleiben.

Wurde in den frühen Debatten die Gefährdung der Demokratie durch antidemokratische Kräfte behandelt, war meist vom „Radikalismus“ der Linken und Rechten die Rede. Dies entsprach dem Weimarer Wortgebrauch. Das Extremismuskonzept entstammt dagegen wie das des „Totalitarismus“ der „westlichen“ politischen Sprache.¹ Unter dem Einfluss der angloamerikanischen Sozialwissenschaften, wo „Extremismus“ als Gegenbegriff zur „liberal democracy“ verbreiteter war,² verdrängte die neue Formel in den wissenschaftlichen und publizistischen Diskussionen um NPD und „Neue Linke“ von der zweiten Hälfte der sechziger Jahre an allmählich den älteren Wortgebrauch. Ohne dass dies den meisten Autoren bewusst gewesen sein dürfte, fand damit ein Deutungskonzept Eingang in wissenschaftliche Terminologien, das mit der Entwicklung des abendländischen Konstitutionalismus von seinen antiken Ursprüngen an eng verknüpft war. Im wesentlichen geht es auf die aristotelische Ethik und Politik zurück, wo die sittliche Tüchtigkeit (*arete*) als ein Mittleres (*mesotes*) zwischen polarisierten Grundhaltungen definiert wird. Auf sozialem Feld hob der Philosoph die Vorzüge einer mittelschichtenzentrierten Gesellschaft hervor, und auf politisch-institutioneller Ebene sollten divergierende Interessen durch eine Mischung von Verfassungselementen ausgeglichen werden. In der aus demokratischen und oligarchischen Bausteinen kunstvoll zusammengefügte „Politie“ als der Stabilität und Bürgerfreiheit am besten gewährleistenden Verfassung bündelten sich diese ethischen, sozial-strukturellen und politisch-institutionellen Stränge.³

- 1 Der Verfasser bereitet eine Monographie zur Begriffsgeschichte vor. Vorstudien sind in folgenden Publikationen enthalten: Uwe Backes, Extremismus und politisch motivierte Gewalt. In: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hg.), *Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven*, Opladen 2003, S. 341–367, hier S. 344–348; ders., *Le syndrome extrémiste*. In: Stéphane Courtois (Hg.), *Quand tombe la nuit. Origines et émergences des régimes totalitaires en Europe*, Lausanne 2001, S. 315–329.
- 2 Siehe vor allem: Edward Shils, *The Torment of Secrecy. The Background and Consequences of American Security Policies*, Melbourne u. a. 1956; Seymour M. Lipset, *Political Man. The Social Basis of Politics*, New York 1960; ders./Earl Raab, *The Politics of Unreason. Right-Wing Extremism in America, 1790–1977*, 2. Auflage Chicago/London 1978 (1970).
- 3 Vgl. Aristoteles, *Politik*, besonders Buch IV 1294b–1297a, Buch VIII 1342b; ders., *Nikomachische Ethik*, Buch II 1106a–1108b, Buch III 1131a–1132a. Siehe dazu u. a.: Martin Gralher, *Mitte – Mischung – Mäßigung. Strukturen, Figuren, Bilder und Metaphern in der Politik und im politischen Denken*. In: Peter Haungs (Hg.), *Res Publica. Studien zum Verfassungswesen*. Dolf Sternberger zum 70. Geburtstag, München 1977, S. 82–114; Hermann Kalchreuter, *Die Mesotes bei und vor Aristoteles*, Tübingen 1911; Harald Schilling, *Das Ethos der Mesotes. Eine Studie zur Nikomachischen Ethik des Aristoteles*, Tübingen 1930; Eberhard Tiefensee, *Extremismus aus philosophischer Sicht*, hg. von der Ausländerbeauftragten der Thüringer Landesregierung, Erfurt 2001.

Die Gegenüberstellung einer Mäßigung verbürgenden Mitte und den stabilitäts- und freiheitsgefährdenden Extremen begleitete die Geschichte des Konstitutionalismus. So war es kein Zufall, dass die Termini „Extremismus“ und „Extremisten“ in den Kernstaaten des „Westens“, den USA, Großbritannien, Frankreich – in dieser Reihenfolge –, sehr bald auf die später auch als „totalitär“ bezeichneten Bewegungen angewendet wurden, handelte es sich hier doch um einen Frontalangriff gegen fundamentale Werte, Verfahrensregeln und Institutionen, ohne die der moderne Verfassungsstaat, von einem der Nestoren der deutschen Politikwissenschaft, Dolf Sternberger, als „neue Politie“ interpretiert,⁴ undenkbar ist. Mit der Übernahme des Extremismusbegriffs schloss die (west-)deutsche politische Sprache somit an eine für den „Westen“ konstitutive abendländische Tradition an.

In diesem Sinne lässt sich „politischer Extremismus“ als eine Bezeichnung für all jene politischen Strömungen und Gruppierungen verwenden, die sich dem historischen Projekt des demokratischen Verfassungsstaates in den Weg gestellt haben und stellen, weil sie fundamentale Werte und Verfahrensregeln wie die Idee der Menschenrechte, den Pluralismus von Interessen, Meinungen und Anschauungen und/oder die Mechanismen institutioneller Gewaltkontrolle nicht anerkennen.⁵

Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage nach der Verbreitung und der Gefährlichkeit organisierter politischer Extremismen in Deutschland. Die Einstellungen der Bevölkerung insgesamt bleiben also weitgehend ausgeblendet. Das Gefahrenpotential wird anhand von Indikatoren wie Wahlerfolg, organisatorische Stärke, ideologisch-programmatische Attraktivität und strategische Effizienz eingeschätzt.⁶ Dabei ist zu prüfen, welche Gelegenheitsstrukturen innerhalb des politischen Systems bestehen und in welchem Ausmaße extremistische Akteure in der Lage sind, sich bietende Chancen im Wettbewerb mit demokratischen Kräften zu nutzen.

Organisierter politischer Extremismus tritt in einer Vielzahl von Spielarten auf. Form, Dichte und Umfang der Organisationen gehen weit auseinander. Das Spektrum reicht von lose verbundenen Gruppenstrukturen bis zu straff-hierarchisch gegliederten Kadervereinigungen. Im Gegensatz zu einer verbreiteten Annahme müssen extremistische Organisationen in dem oben umrissenen Wortsinn keineswegs gewaltorientiert sein. Vielmehr findet sich bei ihnen eine breite Palette strategisch variierender Aktionsformen: von legal operierenden

4 Vgl. Dolf Sternberger, Die neue Politie. Vorschläge zu einer Revision der Lehre vom Verfassungsstaat. In: Jahrbuch des öffentlichen Rechts, 33 (1984), S. 1–40.

5 Vgl. zur Definition ausführlich Uwe Backes, Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989; Carmen Everts, Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2000.

6 Vgl. dazu grundsätzlich: Uwe Backes/Eckhard Jesse, Extremistische Gefahrenpotentiale im demokratischen Verfassungsstaat – Am Beispiel der ersten und der zweiten deutschen Demokratie. In: dies. (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 3, Bonn 1991, S. 7–32.

Parteien, die sich bei Wahlen um Stimmenmaximierung bemühen, bis zu Gewalt systematisch einsetzenden terroristischen Untergrundzellen. Es lassen sich insofern „weichere“ von „härteren“ Formen des politischen Extremismus unterscheiden.

Das gilt auch für ihre ideologisch-programmatischen Konzepte. Sie können mehr oder weniger große Schnittmengen mit den geistigen Grundströmungen des demokratischen Verfassungsstaates aufweisen. Verbreitet ist die dichotomische Differenzierung nach den Richtungsbegriffen „rechts“ und „links“. „Rechtsextremismus“ bezieht sich dabei auf jene Formen, die das Gleichheitsprinzip – insbesondere in Gestalt des Ethos fundamentaler Menschengleichheit – negieren. Dazu gehören heutzutage Ultranationalismen verschiedenster Couleur ebenso wie biologische Rassismen, wie sie in Deutschland von völkischen Gruppierungen entwickelt worden sind.⁷ Der „Linksextremismus“ umfasst demgegenüber radikal-egalitäre Strömungen des Anarchismus und Kommunismus, die vor allem wegen ihres politischen Absolutheitsanspruchs und ihrer Entwürfe einer präzedenzlosen politischen Zukunft mit dem Pluralismus und der Gewaltenkontrolle moderner Verfassungsstaaten in Konflikt geraten. Sie verbinden sich in der Gegenwart oft mit ultra-ökologistischen, ultra-pazifistischen oder ultra-feministischen Ideologemen. Der am ideologischen Selbstverständnis orientierten Unterteilung in Rechts- und Linksextremismus entziehen sich politisch-religiöse Fundamentalismen, bei denen nicht das Verhältnis zum Gleichheitsprinzip, sondern das zwischen Staat und Religion im Zentrum steht. Das spezifizierende Attribut „politisch-religiös“ soll jene Formen aus der Betrachtung ausschließen, die – wie etwa Fundamentalismen der Weltflucht⁸ – nicht nach der Übernahme von Herrschaftsfunktionen streben.

Der Beitrag behandelt getrennt jeweils legal operierende und militante/gewaltorientierte Formationen. Nach den ideologischen Grundorientierungen werden die Bereiche Rechtsextremismus, Linksextremismus und politisch-religiöser Fundamentalismus unterschieden. Daran schließen vergleichende Betrachtungen an.

7 Vgl. zur Terminologie Uwe Backes, „Rechtsextremismus“ – Konzeptionen und Kontroversen. In: ders. (Hg.), *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln/Weimar 2003, S. 15–52; ders./Eckhard Jesse, *Islamismus – Djihadismus – Totalitarismus – Extremismus*. In: dies. (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 13–26.

8 Vgl. zu dieser Unterscheidung: Martin Riesebrodt, *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung. Amerikanische Protestanten (1910–28) und iranische Schiiten (1961–79) im Vergleich*, Tübingen 1990, S. 23.

II. Legal operierende Formationen

1. Rechtsextremismus

Aufgrund der katastrophalen Erfahrungen mit Aufstieg und Politik des Nationalsozialismus stand das westliche Nachkriegsdeutschland stets unter strenger Beobachtung all jener, die eine Renaissance des Rechtsextremismus befürchteten. Die „Last der Vergangenheit“ dürfte indes in nicht geringem Maße dazu beigetragen haben, dass entsprechende Formationen bei Wahlen im allgemeinen schwächer abschnitten als in einigen europäischen Ländern mit älterer Demokratietradition (wie z. B. Frankreich). An keiner der drei wahlpolitischen Mobilisationswellen, die Politikwissenschaftler für Nachkriegseuropa rückblickend unterschieden, waren deutsche Rechtsaußenparteien überproportional vertreten.⁹ Stetigkeit und Intensität der Protestdynamiken verringerten sich zudem im Laufe der Jahrzehnte.

An diesem Befund hat sich nach der deutschen Vereinigung nichts geändert. Wie Abb. 1 zeigt, lag die Summe der Stimmenanteile der drei Rechtsaußenparteien *Deutsche Volksunion* (DVU), *Republikaner* (REP) und *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) in den Jahren 1990 bis 2002 weit unter der Fünfprozenthürde. Ein Tiefpunkt wurde bei der Bundestagswahl im September

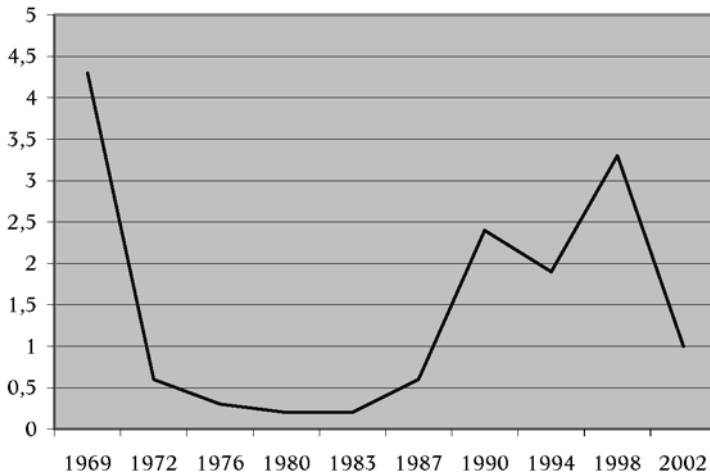


Abb. 1: Ergebnisse von NPD, DVU und REP bei den Bundestagswahlen 1969–2002 (Summe; Quelle: Statistisches Bundesamt).

⁹ Klaus von Beyme, Right-wing Extremism in Post-war Europe. In: ders. (Hg.), Right-wing Extremism in Western Europe, Special Issue West European Politics, 11, London 1988, S. 1–18.

2002 erreicht, als NPD und REP zusammen lediglich 1,0 Prozent der Stimmen erzielen konnten. Die REP verloren gegenüber den Wahlen vier Jahre zuvor (1998: 1,8 Prozent) 1,2 Prozentpunkte, die NPD (1998: 0,3 Prozent) gewann lediglich einen Zehntelprozentpunkt hinzu. Die DVU hatte – nicht zuletzt wegen ihrer personellen Schwäche – auf eine Kandidatur verzichtet.¹⁰

Die Schwäche der drei Parteien ist zum Teil hausgemacht. Keine von ihnen verfügt über einen begabten populistischen Demagogen vom Schlage eines Jörg Haider, Umberto Bossi oder Pim Fortuyn, der in der Lage wäre, das Protestpotential in der Bevölkerung zu kanalisieren. Am ehesten galt dies für die 1983 gegründeten REP unter Franz Schönhuber (1985–1994). Unter dessen Führung erzielte die Partei einige spektakuläre Wahlerfolge auf regionaler und kommunaler Ebene (Berlin, Bayern, Baden-Württemberg) sowie bei den Europawahlen von 1989 (7,1 Prozent). Sie konnte sich jedoch – auch aufgrund ihres bayerisch-süddeutschen Timbres – in den Gebieten nördlich der Mainlinie organisatorisch nur schwach verankern.¹¹ Die Mobilisationsdynamik des Jahres 1989, als die Partei einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnte, wurde durch den unverhofften Vereinigungsprozess gebrochen, der die REP-Protestthemen (wie Ausländer, Asyl, Kriminalität) zeitweise von der politischen Agenda verschwinden ließ. Ständige innerparteiliche Querelen sorgten in den folgenden Jahren für Negativberichterstattung und ließen die Wettbewerbschancen der Partei sinken. Die Ablösung Schönhubers vom Parteivorsitz durch den wenig charismatischen Juristen und Mediziner Rolf Schlierer konnte keine Wende herbeiführen. Im April 2001 verlor die Partei ihre letzte parlamentarische Vertretung im baden-württembergischen Landtag.

Zeitweilig überrundete die DVU die REP als aussichtsreichste Formation rechts von der CDU/CSU. Die von dem Münchener Verleger der „Nationalzeitung“, Gerhard Frey, autoritär geführte Organisation (sie wurde 1971 gegründet und 1987 als Partei konstituiert) zog zeitweise in mehrere norddeutsche Landesparlamente ein (Bremen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Brandenburg). Sie blieb zu einem gewissen Grad ein vom beträchtlichen Privatvermögen des Parteivorsitzenden¹² abhängiges Kunstprodukt („Phantompartei“)

10 Vgl. Eckhard Jesse, Die Rechts(außen)parteien: Keine Erfolge in Sicht. In: Oskar Niedermayer (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002, Opladen 2003, S. 159–177.

11 Vgl. zu den REP vor allem: Richard Stöss, Die „Republikaner“. Woher sie kommen – Was sie wollen – Wer sie wählt – Was zu tun ist, Köln 1990; Hans-Gerd Jaschke, Die „Republikaner“. Profile einer Rechtsaußen-Partei, Bonn 1990; Uwe Backes/Patrick Moreau, Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte – gegenwärtige Gefahren – Ursachen – Gegenmaßnahmen, 2. erw. Auflage München 1994, S. 77–103; Harald Bergsdorf, Ungleiche Geschwister. Die deutschen „Republikaner“ im Vergleich zum französischen „Front National“, Frankfurt a. M. 2000; Stephan Thomczyk, Der dritte politische Etablierungsversuch der Republikaner nach 1994, Konstanz 2001.

12 Vgl. Stefan Mayer, Biographisches Porträt: Gerhard Michael Frey. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 169–181.

mit schwacher sozialer Verankerung, chronisch knapper Personaldecke und unterentwickeltem Parteileben. Die aus München ferngesteuerten DVU-Fraktionen erwiesen zumeist schon nach kurzer Zeit ihre Unfähigkeit zu geregelter parlamentarischer Arbeit, fielen rasch auseinander und verhinderten auf diese Weise die eigene Wiederwahl.¹³

Von den drei Rechtsaußenparteien konnte nur die NPD ihren Mitgliederbestand vom Beginn der 90er Jahre – nach zeitweiligem Rückgang – behaupten (siehe Abb. 2). Obwohl diese Partei über die längste organisatorische Kontinuität verfügt (Gründung November 1964), hat sie mit der NPD der 60er und 70er Jahre nur noch wenig gemein. Unter ihrem Parteivorsitzenden Udo Voigt (seit 1996) öffnete sie sich gegenüber den militanten Szenen der Neonationalsozialisten und Skinheads. Sie hielt zwar an ihrem legalistischen Kurs fest, setzte aber

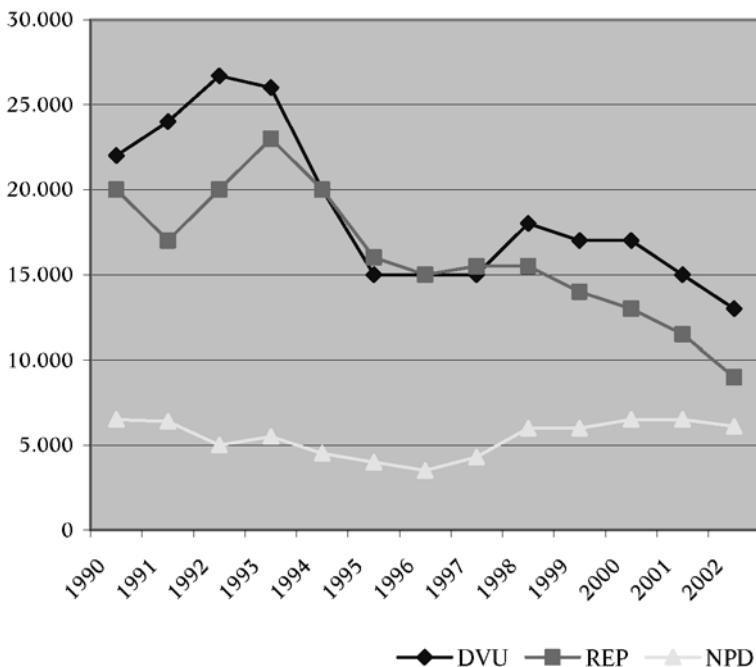


Abb. 2: Mitglieder von DVU, REP und NPD, 1999–2002 (Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzberichte).

13 Vgl. nur Jürgen Hoffmann/Norbert Lepszy, Die DVU in den Landesparlamenten: inkompetent, zerstritten, politikunfähig. Eine Bilanz rechtsextremer Politik nach zehn Jahren, Interne Studie Nr. 163, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin 1998; Michael Schmidt, Die Parlamentsarbeit rechtsextremer Parteien und mögliche Gegenstrategien. Eine Untersuchung am Beispiel der „Deutschen Volksunion“ im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Münster 1997.

verstärkt auf provokative öffentliche Auftritte („Kampf um die Straße“¹⁴) und propagierte eine krude Mischung aus völkischem Rassismus und Antikapitalismus. Das 2001 eingeleitete, 2003 u. a. wegen der starken Präsenz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in den Parteivorständen aus Verfahrensgründen gescheiterte Verbotsverfahren¹⁵ verschaffte der NPD, die Horst Mahler, den vom Links- zum Rechtsextremisten mutierten ehemaligen RAF-Gründungsaktivisten, zu ihrem Rechtsvertreter ernannt hatte, erhöhte Publizität und trug damit zu ihrer zeitweiligen organisatorischen und wahlpolitischen Stabilisierung (auf niedrigstem Niveau) bei.

Neben den erwähnten hausgemachten Gründen für die Schwäche der legal operierenden Rechtsaußenparteien werden ihre Wettbewerbschancen durch eine Anzahl von Faktoren geschmälert, die im Vergleich zu erfolgreicheren rechtsextremen/rechtspopulistischen Parteien in Europa ins Auge fallen: An erster Stelle zu nennen ist der bereits erwähnte lange Schatten des Nationalsozialismus, der auch über jene Formationen – wie die REP – fällt, die allenfalls eine entfernte Ähnlichkeit mit dem historischen Phänomen aufweisen. Eine bei diesen Themen hochsensibel reagierende veröffentlichte Meinung konterkariert alle Bemühungen um eine glaubhafte Präsentation als „verfassungstreue Rechte“. Die Rechtsaußenparteien stoßen daher bei den demokratischen Parteien auf ein „exclusionary oligopoly“,¹⁶ auch bei der CDU/CSU, der jede Berührung mit (tatsächlichen oder vermeintlichen) rechtsextremen Tendenzen heftige Kritik einträgt und die daher eine Strategie konsequenter Ausgrenzung und Stigmatisierung verfolgt. Rechte Flügelparteien haben es besonders schwer, mit positiven Nachrichten in die Presse (von auflagenschwachen Organen wie der umstrittenen „Jungen Freiheit“ abgesehen¹⁷) oder gar ins Fernsehen zu kommen. Diese Effekte werden durch die Einrichtungen der „streitbaren Demokratie“ noch verstärkt. Die öffentliche Ankündigung einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz, die Erwähnung in Verfassungsschutzberichten oder gar die

14 Vgl. NPD-Parteivorstand, Das strategische Konzept der NPD. In: Holger Apfel (Hg.), „Alles Große steht im Sturm“. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei, Stuttgart 1999, S. 356–360.

15 Vgl. dazu Lars Flemming, Das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 159–176; Eckhard Jesse, Soll die Nationaldemokratische Partei Deutschlands verboten werden? Der Parteiverbotsantrag war unzweckmäßig, ein Parteiverbot ist rechtmäßig. In: Politische Vierteljahresschrift, 42 (2001), S. 683–697; ders., Der gescheiterte Verbotsantrag gegen die NPD. Die streitbare Demokratie ist beschädigt worden. In: Politische Vierteljahresschrift, 44 (2003), S. 282–301; Claus Leggewie/Horst Meier (Hg.), Verbot der NPD oder Mit Rechtsradikalen leben?, Frankfurt a. M. 2002.

16 So treffend: Laurent Kestel/Laurent Godmer, Institutional Inclusion and Exclusion of Extreme Right Parties. In: Rogert Eatwell/Cas Mudde (Hg.), Western Democracies and the New Extreme Right Challenge, London/New York 2004, S. 133–149, hier S. 135.

17 Vgl. Matthias Weber, Zeitschriftenporträt: Junge Freiheit. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 203–226.

Erwägung des Einsatzes der Instrumente des repressiven Demokratieschutzes (wie Vereinigungsverbot, Parteiverbot, Treuepflicht der Angehörigen des öffentlichen Dienstes) beeinträchtigen die politischen Erfolgsaussichten.¹⁸ Auch die etwa im Vergleich zu Frankreich oder den Niederlanden restriktivere deutsche Einwanderungspolitik erschwert die politische Ausbeutung einer Thematik, die den REP – etwa im Jahr 1989 – zeitweilig zu spektakulären Stimmengewinnen verholfen hatte.¹⁹ Das von den beiden großen Volksparteien dominierte deutsche Parteiensystem hat überdies – trotz nachlassender Parteibindung – bislang erstaunliche Stabilität und Integrationskraft bewiesen.

2. Linksextremismus

Die Kräftekonstellation im politischen Raum links von SPD und Bündnisgrünen unterscheidet sich von derjenigen rechts der Union erheblich. Mit ihrer starken sozialen und organisatorischen Verankerung im östlichen Deutschland konnte die 1989/90 durch Umbenennung aus der SED hervorgegangene *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS) dort eine starke Stellung erringen. Mit ihrem in der DDR geschulten Führungspersonal und Teilen des Einheitspartei-Apparats besaß sie gegenüber allen ihren Konkurrenten einen wichtigen Wettbewerbsvorteil. Der frühere westdeutsche „Satellit“, die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP), hatte durch den Wegfall der Transferleistungen aus Ostberlin²⁰ einen organisatorischen/finanziellen Kollaps erlitten und war auch aufgrund ideologischer und strategischer Starrheit nicht in der Lage, die einstige Stellung im westlichen Deutschland zurückzugewinnen – geschweige denn, sich erfolgreich auf das Territorium der ehemaligen DDR auszudehnen.²¹ Bei der PDS hingegen gaben ideologisch und strategisch flexiblere Kräfte aus mittleren und unteren SED-Rängen den Ton an. Die Preisgabe des organisatorischen

18 Vgl. Uwe Backes, Probleme der Beobachtungs- und Berichtspraxis der Verfassungsschutzämter – am Beispiel von REP und PDS. In: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.), Bundesamt für Verfassungsschutz. 50 Jahre im Dienst der inneren Sicherheit, Köln u. a. 2000, S. 213–231.

19 Diese Zusammenhänge erhellt folgende Studie: Ruud Koopmans/Hanspeter Kriesi, Citoyenneté, identité nationale et mobilisation de l'extrême droite. Une comparaison entre la France, l'Allemagne, Les Pays-Bas et la Suisse. In: Pierre Birnbaum (Hg.), Sociologie des nationalismes, Paris 1997, S. 295–324.

20 Noch für das Jahr 1990 waren Transferleistungen in Höhe von 67,9 Mio. DM vorgesehen. Vgl. die detaillierten Angaben bei: Patrick Moreau, Der westdeutsche Kommunismus in der Krise. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 2, Bonn 1990, S. 170–206.

21 Siehe zur Geschichte der DKP vor allem: Wilhelm Mensing, Wir wollen unsere Kommunisten wieder haben Demokratische Starthilfen für die Gründung der DKP, Zürich/Osnabrück 1989; Siegfried Heimann, Die Deutsche Kommunistische Partei. In: Richard Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Band 1: AUD bis EFP, Opladen 1983, S. 901–981; Manfred Wilke/Hans-Peter Müller/Marion Brabant, Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990.

Leninismus („demokratischer Zentralismus“, Fraktionsverbot, Avantgardekonzept, „Diktatur des Proletariats“) unter Aufrechterhaltung bedeutender Teile der marxistischen Theorietradition (wie Antifaschismus, Antiimperialismus, Antikapitalismus, Klassenkampf, „historische Mission“, teleologisches Geschichtsbild) und die Schaffung innerparteilicher Freiräume („Plattformen“, „Arbeitsgemeinschaften“) für eine Pluralität sozialistischer/kommunistischer Konzepte ermöglichte die Integration eines bei SPD und Bündnisgrünen nicht integrierbaren Mikrokosmos links-revolutionärer Gruppierungen (DKP-„Erneuerer“, Troztkisten, Ökofundamentalisten, „Autonome“ usw.).

Zur Überraschung vieler professioneller Beobachter konnte die PDS trotz ihrer Verstrickung in die SED-Diktatur, der Verantwortung für deren triste Hinterlassenschaft und ihrer begrenzten ideologischen Wandlungsfähigkeit nicht nur eine beachtliche politische Stellung in den östlichen Ländern behaupten, sondern diese in den ersten zehn Jahren nach der Revolution von 1989/90 sogar noch ausbauen (wichtigste Etappen: 1994 und 1998 Tolerierung einer von der SPD geführten Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt, Überwindung der Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl von 1998 [siehe Abb. 3], 1999 Einzug ins Europaparlament [5,8 Prozent], 1998 und 2002 Bildung einer SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern, 2002 in der Bundeshauptstadt Berlin). Dabei vermochte sie sich auf Bevölkerungsgruppen (wie die früheren Partei- und Staatsfunktionäre, Teile der kulturellen Eliten der DDR) zu stützen, die einen Statusverlust (in der Regel indes keinen materiellen Rückfall, im Gegenteil!) erlitten hatten und/oder dem System aus ideologischen Gründen verbunden gewesen waren.²² Sie profitierte darüber hinaus von einer sich mit wachsendem Abstand vom Ende der DDR in der Bevölkerung der östlichen Länder verbreitenden Neigung, das SED-Regime in einem eher milden Licht zu betrachten und seine „positiven Seiten“ (wie Arbeitsplatzsicherheit) hervorzuheben. Trotz unleugbarer – und im Vergleich zu den tschechischen und polnischen Nachbarregionen ins Auge stechender – Fortschritte im Transformationsprozess blieb das östliche Deutschland auch nach einer Dekade ein sozial-ökonomisches Problemgebiet (geringere Produktivität, höhere Arbeitslosenquote). Je weiter die „Wende“ in die Ferne rückte, desto überzeugender konnte die PDS den regierenden Parteien die Verantwortung für Missstände anlasten. Die gemäßigte Linke hatte mit westlicher Unterstützung zwar rasch im Osten Fuß gefasst, sich aber organisatorisch, personell und sozial nur schwach verankert. So vermochte die PDS mit ihrem zwar schrumpfenden, aber noch immer beachtlichen personellen und organisatorischen Potential in der politischen Tagesarbeit und bei sozialen Hilfsdiensten „vor Ort“ aufzutrumphen. Ihr Bemühen, sich als eigentliche Interessenvertretung „der Ostdeutschen“ zu profilieren,

22 Vgl. nur Jürgen W. Falter/Markus Klein, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 51–57/94, S. 22–34; Markus Klein/Claudio Caballero, Rückwärtsgerwand in die Zukunft. Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. In: Politische Vierteljahresschrift, 37 (1996), S. 229–247.

blieb nicht ohne Erfolg. Mit ihrem Medienstar Gregor Gysi verfügte sie zudem über einen Sympathieträger, der es – kaum behelligt von den obskuren Beziehungen des DDR-Rechtsanwalts („IM Notar“) zum Ministerium für Staatssicherheit²³ – mit populistischem Gespür verstand, das Erscheinungsbild der Partei bei zahllosen Fernsehauftritten freundlicher zu gestalten.

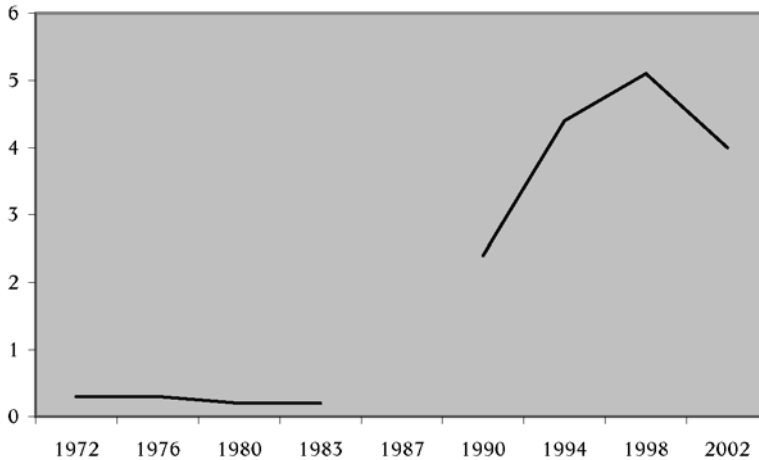


Abb. 3: Ergebnisse von DKP und PDS bei den Bundestagswahlen von 1972 bis 2002 (Zweitstimmen in Prozent, Quelle: Statistisches Bundesamt).

All dies ließ indes nicht über die Hürden hinwegsehen, die der PDS bei ihrem Bemühen um eine dauerhafte Etablierung im deutschen Parteiensystem Grenzen setzten. Sie zehrte von einem weitestgehend aus der SED stammenden, aber schon aufgrund natürlicher Mortalität ständig schrumpfenden und an Alter zunehmenden Mitgliederstamm. Die Zahl der PDS-Mitglieder sank nach Parteiangaben von rund 700 000 Ende 1989 auf 62 000 im Oktober 2003. Ende 2002 befanden sich mehr als zwei Drittel im Rentenalter.²⁴ Während der Mitglieder-Rückgang anhielt (siehe Abb. 4), kamen jährlich nur rund 1500 neue hinzu, von denen allerdings die Mehrzahl die Partei schon nach kurzer Zeit wieder verließ.²⁵ Bemühungen um die Gewinnung junger Mitglieder führten nur zu sehr bescheidenen Ergebnissen.

23 Vgl. Manfred Wilke/Sebastian Prinz, PDS – Systemveränderung am Kabinetttisch?, Sankt Augustin 2001, S. 7.

24 Vgl. Außerordentliche Tagung des 8. Parteitages (28. und 29. Juni 2003, Berlin), Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes, <http://www.pds.online.de/partei/strukturen/parteitag/08at2/berichte/parteivorstand.htm> (2. Juli 2003). Siehe auch folgende parteinterne Untersuchung: Michael Chrapa/Dietmar Wittich, Die Mitgliedschaft, der große Lümmel ..., Berlin 2001.

25 Vgl. Michael Chrapa, Parteireform als Aufbruch? In: UTOPIE kreativ, 13 (2003), S. 603–608, hier S. 603 f.

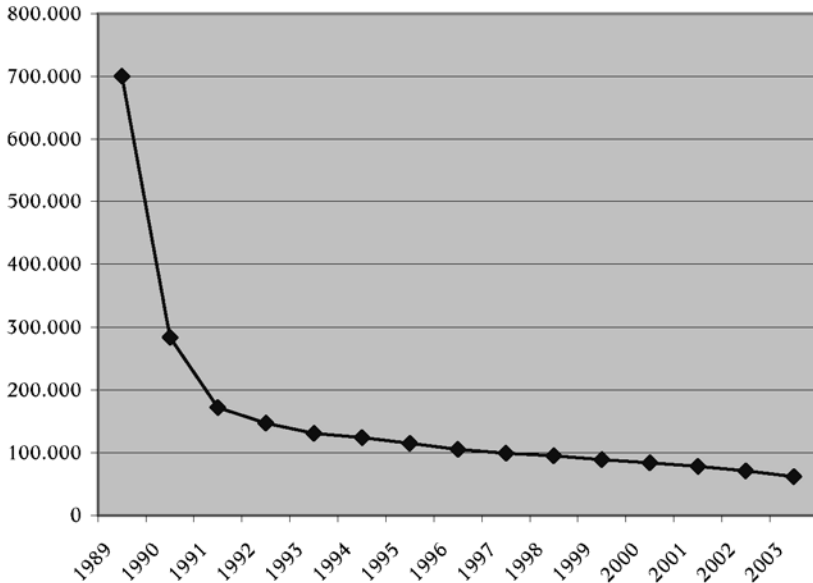


Abb. 4: SED/PDS-Mitglieder, 1989–2003 (Quelle: Gerundete Parteiangaben).

Die PDS blieb zudem weitgehend eine Ostpartei. Das Projekt der „Westausdehnung“ war wenig erfolgreich. Nur sehr langsam nahm die Mitgliederzahl der Westverbände zu, vor allem im studentischen Milieu. Aber erst 2002 überrundete die PDS die an Auszehrung leidende DKP geringfügig (siehe Abb. 5). Von den eher kulturkonservativen, dem autoritären DDR-Sozialismus entsprungene Ostverbänden unterschieden sich die im Westen grundlegend. In ihnen gaben ehemalige DKPler, Aktivisten erloschener kommunistischer Sekten und Ökofundamentalisten den Ton an. Sie erfreuten den behördlichen Verfassungsschutz mit schier unerschöpflichem Nachrichtenmaterial.²⁶

Aber auch die mitgliederstarken östlichen Verbände vermittelten alles andere als das Bild einer grundlegend gewandelten, uneingeschränkt verfassungstreuen Partei. Christian von Ditfurth, ehemals Mitglied der DKP und nun Befürworter eines Bündnisses von SPD, Grünen und PDS, entwarf gegen Ende der neunziger Jahre ein brutal-realistisches Stimmungsbild vom Innenleben der östlichen PDS. In den dortigen Landesverbänden grassierte „Ostalgie“, lebten „stali-

26 Siehe zuletzt Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003. Zur Frage des extremistischen Charakters der PDS siehe auch: Jürgen P. Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003; Patrick Moreau, PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992; ders./Rita Schorpp-Grabiak, „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden 2002. Diese Frage bleibt in folgender, empirisch soliden Untersuchung ausgespart: Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte – Organisation – Wähler – Konkurrenten, Opladen 1996.

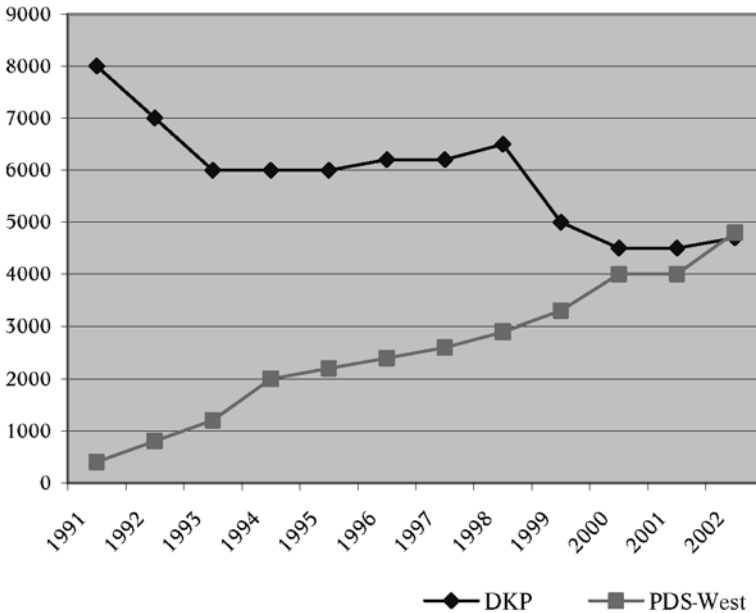


Abb. 5: Mitgliederentwicklung der DKP und der PDS-Westverbände, 1991–2002 (Quelle: Gerundete Parteiangaben; Verfassungsschutzberichte).

nistische“ Denkweisen fort, nehme man die DDR im Vergleich zur „BRD“ als das bessere System wahr.²⁷ Nicht zuletzt aus solchen Befindlichkeiten erklärt sich die innerparteiliche Unterstützung für traditionstreuere Formationen wie die „Kommunistische Plattform“ oder das „Marxistische Forum“.

Die Auseinandersetzung der PDS mit der diktatorischen DDR-Vergangenheit blieb halbherzig; die Kennzeichnung des SED-Regimes als „Unrechtsstaat“ wird bis heute entschieden zurückgewiesen.²⁸ Während die PDS die frühere Tätigkeit Inoffizieller Mitarbeiter des MfS zunehmend als Kavaliersdelikt behandelt, sich für die Interessen ehemaliger DDR-Spione einsetzt und eine allgemeine Amnestierung von SED-Verbrechen fordert, wendet sie den Opfern des SED-Regimes wenig Aufmerksamkeit zu. Zwar gingen von den „Reformern“ in der Parteiführung immer wieder Initiativen aus, sich intensiver und kritischer mit der eigenen Vergangenheit zu beschäftigen. Doch wurden solche Bemühungen meist durch gegenteilige Äußerungen konterkariert. Ein typisches Beispiel:

27 Christian von Ditfurth, *Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS*, Köln 1998.

28 Vgl. Rudolf van Hüllen, „Geschichtsarbeit“ unter Postkommunisten. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 7, Baden-Baden 1995, S. 27–41; Mike Schmeitzner, *Postkommunistische Geschichtsinterpretation. Die PDS und die Liquidierung der Ost-SPD*. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, (2002) Heft 11, S. 82–101.

Im April 2001 bedauerten die damalige PDS-Bundesvorsitzende Gabriele Zimmer und die Berliner Landesvorsitzende Petra Pau in einer Erklärung u. a. den Mauerbau von 1961. Im Juli dagegen würdigte der sächsische Landesvorsitzende Peter Porsch das Ereignis als friedenserhaltende Maßnahme; der Fall der Mauer sei „mit dem tragischen Ende eines legitimen Sozialismusversuches“²⁹ einhergegangen.

Dem Lavieren in der Frage des Umgangs mit der Vergangenheit entsprach ein innerparteilicher Richtungsstreit um den geeigneten Weg zur sozialistischen Systemtransformation. Während die „Reformer“ auf Bündnisfähigkeit gegenüber der gemäßigten Linken setzten, zogen die eher „Orthodoxen“ einen Kurs klarer Fundamentalopposition vor.³⁰ Das widersprüchliche Erscheinungsbild mochte zur Integration diverser Gruppierungen am linken Rand beitragen, schwächte aber die Fähigkeit der Partei, über ihre Stammklientel hinaus weitere Wählergruppen anzusprechen.

Dies zeigte sich bei der Bundestagswahl vom September 2002.³¹ Die PDS konnte die Fünfprozenthürde nicht überwinden und unterschritt mit 4,0 Prozent der Zweitstimmen sogar ihr Ergebnis von 1994 (4,4 Prozent). Strukturelle Probleme waren aufgrund situativer Faktoren virulent geworden: Ihr Publikums-magnet Gregor Gysi hatte im Vorfeld der Wahl eine finanzielle Regelwidrigkeit („Bonusmeilenaffäre“) zum Anlass genommen, von dem undankbaren Amt des Berliner Wirtschaftssenators zurückzutreten. Die Themen, die in der letzten Phase des Wahlkampfes den Ausschlag zugunsten der amtierenden Bundesregierung gegeben hatten: die Flutkatastrophe im Osten und Bundeskanzler Schröders Brückierung der US-Regierung mit Stellungnahmen gegen eine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak, wirkten sich für die PDS ungünstig aus. Angesichts des Jahrhundert-Hochwassers zeigte sich die Regierung handlungsfähig; die Ost-West-Spannung wurde durch die Solidarität der Westdeutschen überdeckt, und mit der Kritik des Kanzlers an den amerikanischen Kriegsplänen kam der PDS das Friedensthema abhanden.

Die Wahlniederlage zog den Verlust des Status der Bundestagsfraktion (mindestens fünf Prozent der Zweitstimmen) und selbst der „Gruppe“ (mindestens fünf Abgeordnete) nach sich. Damit verlor die Partei ein zentrales Forum öffentlicher Selbstdarstellung. Mit der drastischen Verringerung der Abgeordneten-zahl (den [Wieder-]Einzug hatten aufgrund gewonnener Direktmandate nur Petra Pau und Gesine Löttsch geschafft) ging der Fortfall von beinahe 200 Fraktionsmitarbeiter-Stellen einher. Über die geringere Wahlkampfkostenerstattung

29 Peter Porsch, Freizügigkeit ist die Lehre aus dem Mauerbau vor 40 Jahren. In: parlament von links, Juli 2001, <http://www.pds-sachsen.de/lfs/pvl/mauer.html> (3. 7. 2001).

30 Siehe zu dieser Begrifflichkeit: Lang, Ist die PDS eine demokratische Partei?, S. 39–41.

31 Vgl. dazu ausführlich: Oskar Niedermayer, Wandel durch Flut und Irak-Krieg? Wahlkampfverlauf und Wahlkampfstrategie der Parteien. In: Eckhard Jesse (Hg.), Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Opladen 2003, S. 37–70, hier S. 63–69; Eckhard Jesse, Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002. In: Zeitschrift für Politik, 50 (2003), S. 17–36.

hinaus büßte die Partei regelmäßige Abgaben der Mandatsträger und Mitarbeiter in Höhe von rund 750 000 EUR jährlich ein.³²

Wegen des Widerstandes der „Traditionalisten“ war es den „Reformern“ an der Parteispitze im Vorfeld der Bundestagswahl nicht gelungen, ein neues Grundsatzprogramm mit klaren Signalen einer politischen Öffnung zu verabschieden. Das geschah erst im folgenden Jahr. Einem zeitweiligen Triumph der „Traditionalisten“ nach der Wahlniederlage war die Rückkehr der „Reformer“ um den alten und neuen Parteivorsitzenden Lothar Bisky gefolgt. Das auf der 2. Tagung des 8. Parteitages in Chemnitz (25./26. Oktober 2003) schließlich angenommene Grundsatzprogramm ist aufgrund des nicht ausgetragenen Richtungsstreits von schwer vereinbaren Aussagen durchzogen.³³ Zwar trägt es fast überall dort, wo Veränderungen gegenüber dem Programm von 1993 vorgenommen worden sind, die Handschrift der „Reformer“ und ist daher in den großen deutschen Medien fast unisono als wichtiger Schritt der PDS in Richtung auf eine weitere Integration in das parlamentarisch-demokratische politische System gewertet worden (u. a. wegen der Anerkennung unternehmerischen Gewinnstrebens, des Rechts des UN-Sicherheitsrates zur Anordnung militärischer Interventionen sowie der deutlicheren Kritik an der SED/DDR-Vergangenheit). Doch fällt die Gegenwartsdiagnose des Programms alarmistisch aus, bewegt es sich weithin in den argumentativen Bahnen der leninistischen Imperialismustheorie, werden heftige antiamerikanische Töne angeschlagen. In seiner ökonomischen Analyse hält es an marxistischen Kategorien („Widersprüche“, „Kapitalverwertungsinteressen“, „Profitlogik“) fest. Es propagiert Antifaschismus, verbittet sich aber „jegliche Form von [...] Antikommunismus“.³⁴ „Totalkritik“³⁵ an der DDR wird explizit zurückgewiesen; diese sei ein zwar gescheitertes, aber dennoch wichtiges und lehrreiches historisches Experiment gewesen. Besondere Beachtung verdient jene Passage, mit der sich die PDS in ihrer inneren Zusammensetzung selbst definiert: „In der PDS wirken unterschiedliche linke demokratische Kräfte zusammen. In ihr haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“³⁶ Diese Aussage entwertet das folgende Bekenntnis zu einem „demokratischen Sozialismus“. Glaubwürdigkeit in dieser Frage hätte eine klare Distanzierung vom Kommunismus erfordert. Dazu aber war ein großer Teil der Parteifunktionäre weiterhin nicht bereit.

32 Vgl. Daniel Küchenmeister, Linksozialistisch oder ostdeutsch? Die PDS am Scheideweg. In: Deutschland Archiv, 35 (2002), S. 926–930, hier S. 928.

33 Siehe dazu auch: Viola Neu, Das neue PDS-Programm, Konrad-Adenauer-Stiftung/Politik und Beratung, Parteienmonitor Aktuell, Berlin, November 2003.

34 Beschluss der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS vom 25./26. Oktober in Chemnitz, Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Chemnitz 2003, S. 36.

35 Ebd.

36 Ebd., S. 38.

Der politische Spagat zwischen Fundamentalopposition und koalitionsfähiger Mitwirkung im demokratischen Parteiensystem dürfte dem Etablierungsbegehren der PDS weiterhin Grenzen setzen. Zunehmende Bündnisfähigkeit wäre für die Partei überdies nicht ungefährlich, da sie an Integrationskraft im politischen Raum links von SPD und Bündnisgrünen verlöre. Angesichts der Schwäche der DKP und der marginalen Bedeutung anderer revolutionär-marxistischer Gruppierungen (die nach der DKP größte Vereinigung, die *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* [MLPD] mit unter 2 000 Mitgliedern Ende 2002, fristet ein Nischendasein) hat sie sich bislang keiner bei Wahlen aussichtsreichen Konkurrenz zu erwehren. Die einzige mobilisationsfähige Struktur am linken Flügel des politischen Spektrums außerhalb der PDS, das globalisierungskritische Netzwerk *Attac Deutschland*, konnte von seiner Gründung an erheblichen Zulauf verbuchen und Demonstrationen mit stattlicher Teilnehmerzahl organisieren. Die von Attac gemeinsam mit der PDS, Gewerkschaftsgliederungen und Arbeitsloseninitiativen organisierte „Demonstration gegen sozialen Kahlschlag“ am 1. November 2003 in Berlin brachte rund 100 000 Menschen auf die Straße.³⁷ Mit seinen losen, dezentralen Organisationsstrukturen und seinen buntschillernden, gemäßigten wie extremen, Mitgliedsvereinigungen dürfte Attac zwar fähig sein, Gegnerschaften zu bündeln, nicht aber, diese in Richtung auf ein gemeinsames, kohärentes politisches Projekt zu lenken.

3. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Politisch-religiösen Fundamentalismus im Sinne einer die Einheit von Politik und Religion propagierenden, auf einen „Gottesstaat“ zielenden Heilslehre findet sich weltweit in vielen Formen.³⁸ Während der politisch-religiöse Fundamentalismus von Christen und Juden im politischen Kräftegefüge Deutschlands eine Quantité négligeable darstellt,³⁹ hat der Islamismus unter den inzwischen mehr als drei Mio. zählenden Muslimen eine beträchtliche Bedeutung erlangt.⁴⁰

37 Vgl. „Erst gegen Schröder, dann gegen Koch“. In: Spiegel Online vom 2. 11. 2003.

38 Vgl. nur: Martin E. Marty/R. Scott Appleby (Hg.), Herausforderung Fundamentalismus. Radikale Christen, Moslems und Juden im Kampf gegen die Moderne, Frankfurt a. M. 1996; David Zeidan, The Resurgence of Religion. A Comparative Study of Selected Themes in Christian and Islamic Fundamentalist Discourses, Leiden/Boston 2003 (Buchbesprechung in diesem Heft).

39 Siehe zum Katholizismus: Eric Steinhauer, Katholischer Traditionalismus und Demokratie in Deutschland. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 14, Baden-Baden 2002, S. 120–133. Einen weiten, den politischen Einfluss taxierenden Überblick zur Entwicklung in den 80er und 90er Jahren bietet: Hans-Gerd Jaschke, Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg 1998.

40 Vgl. Ursula Spuler-Stegemann, Muslime in Deutschland. Informationen und Klärungen, Freiburg im Brsg. u. a. 2002; Bassam Tibi, Der Islam in Deutschland – Muslime in Deutschland, Stuttgart 2000.

Als politisches Phänomen fallen die islamistischen Vereinigungen schon deshalb nicht hoch ins Gewicht, weil es sich um die Subkultur kultureller Minderheiten handelt, die sich überwiegend an Vorbildern und „Mutterorganisationen“ der Heimatländer orientieren. Daher haben sich bislang auch keine bei Wahlen um Stimmen bemühte islamistische Parteien gebildet. Dies gilt auch für die mitgliederstärkste der gesetzestreuen islamistischen Vereinigungen, die *Islamische Gemeinschaft Milli Görüs* (IGMG).

Die IGMG ist im Kern eine von Türken für Türken gegründete, auf die Türkei als Mutterland und die dortige Politik bezogene Organisation. Ihre Wurzeln reichen bis Mitte der 70er Jahre zurück, als sich die „Türkische Union Europas“ zum bedeutendsten Sammelbecken türkischer Islamisten entwickelte. Schon damals spielte die Orientierung an den wechselnden politischen Parteien des islamistischen Politikers Necmettin Erbakan eine wichtige Rolle. Erbakan hatte 1970 mit der „Nationalen Ordnungspartei“ (MNP) die erste politisch-islamische Partei in der streng laizistischen Türkei gegründet.⁴¹ Sie wurde verboten, von Erbakan aber alsbald durch eine Organisation mit neuem Namen ersetzt – ein Vorgang, der sich seitdem mehrfach wiederholt hat. 1996/97 war Erbakan kurze Zeit Ministerpräsident, bis ihn der Nationale Sicherheitsrat unter dem Druck des kemalistischen Militärs zum Rücktritt zwang. Sein Ziel ist eine von den Lehren des Koran und der Scharia, dem islamischen Recht, bestimmte, Staat und Religion vereinende „Gerechte Ordnung“ (adil düzen).

Die 1985 in Köln als „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa“ (Avrupa Milli Görüs Teskilatları) gegründete IGMG⁴² stand stets in enger Verbindung zu den Parteien Erbakans. Der im April 2001 gewählte IGMG-Vorsitzende, Mehmet Sabri Erbakan, ist dessen Neffe. Zu der von „Traditionalisten“ der „Tugendpartei“ im Juli 2001 konstituierten „Partei der Glückseligkeit“ bestehen enge Beziehungen. Das IGMG-Organ *Milli Gazete* fungierte als „propagandistisches Gelenkstück“⁴³ zwischen der türkischen Partei und der deutschen Vereinigung. Die gemäßigtere islamische Partei des amtierenden türkischen Ministerpräsidenten Erdogan wird von *Milli Görüs* demgegenüber kritisch betrachtet. Die hohe Zahl der IGMG-Mitglieder (Ende 2002: 26 500) erklärt sich u. a. aus der großen Zahl der von der IGMG deutschland- und europaweit betreuten Moscheevereine. Sie respektieren in der Regel die gesetzlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Allerdings fungierte die Gemeinschaft in der Vergangenheit auch als „Durchlauferhitzer“ für Gruppierungen, die bei der Verfolgung ihrer Ziele gewaltsame Mittel nicht ausschlossen (siehe Abschnitt III.3.).

41 Vgl. Tânia Puschnerat, Theorie und Strategie des islamistischen Diskurses – drei Beispiele. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 69–91, hier S. 79 f.

42 Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Berlin (Hg.), Islamismus als politische Ideologie, Durchblicke 8, Berlin 1997, S. 64 f.

43 Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 224.

III. Militante/ gewaltorientierte Formationen

1. Rechtsextremismus

Im europäischen Vergleich weist das vereinte Deutschland zwar eher schwache Rechtsaußenparteien auf, aber die Zahl rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten ist zu Beginn der 90er Jahre stark angestiegen und trotz aller gesellschaftlichen und behördlichen Bemühungen bislang nicht auf das westdeutsche Niveau der 80er Jahre zurückgegangen (siehe Abb. 6). Da auf die östlichen Länder – mit bedeutenden regionalen Unterschieden – ein weit überproportionaler Anteil der registrierten Gewalttaten entfällt, liegt die Vermutung nahe, es handele sich zumindest zum Teil um eine mit den jähen politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Transformationsprozessen verbundene Entwicklung. Diese Hypothese wird von zahlreichen empirischen Studien bestätigt.⁴⁴

Die Ende 2002 rund 2 600 Personen umfassende, überwiegend in lokalen und regionalen „Kameradschaften“ organisierte „Szene“ der sogenannten Neonazis, die im westlichen Deutschland Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre entstanden war, hatte an dieser Entwicklung kaum einen Anteil – ebenso wenig wie die aufgrund zahlreicher Vereinigungsverbote zu deren Auffangbecken gewordene, ideologisch und strategisch radikalisierte NPD. Das Gros der von den Verfassungsschutzbehörden registrierten 10 700 (Ende 2002) „gewaltbereiten Rechtsextremisten“ entfiel auf die Jugendsubkultur der „Skinheads“. Diese in Großbritannien entstandene, seit Beginn der 80er Jahre im westlichen wie östlichen Deutschland heimisch gewordene „Szene“ weist indes – im Unterschied zu den Neonationalsozialisten – keine elaborierte rechtsextreme Ideologie und Programmatik, sondern nur diffuse rechtsextreme Tendenzen (Männlichkeitskult, Recht des Stärkeren, radikale Abgrenzung gegen Andersartige) auf. Sie besteht aus in der Regel nur lokal agierenden Cliques Jugendlicher, die sich spontan zum Musik- und Alkoholkonsum zusammenfinden und kaum Ansätze organisierten, planerischen Handelns zeigen.⁴⁵

Beide von männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dominierten „Szenen“ – Neonationalsozialisten und Skinheads – waren aus dem „Westen“ oder aufgrund westlicher Vorbilder in die (Noch-)DDR gekommen, hatten dort aber einen besonders fruchtbaren Boden vorgefunden. In den östlichen Ländern entwickelten sich zudem weit über den Kreis der als „Skinheads“ äußer-

44 Eine ausgezeichnete Forschungsbilanz auf neuestem Stand bietet folgende empirische Einstellungsstudie: Klaus Schroeder, Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich, Paderborn u. a. 2003. Siehe zur Ursachenforschung auch: Armin Pfahl-Traughber, Ursachen rechtsextrem motivierter Gewalt. In: Kriminalistik, 58 (2004) 1, S. 38–43.

45 Vgl. vor allem Christian Menhorn, Skinheads. Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001. Siehe auch folgende Berliner Studie: Senatsverwaltung für Inneres Berlin/Abteilung Verfassungsschutz (Hg.), Rechtsextremistische Skinheads, Berlin 2003.

lich Erkennbaren hinausreichende Jugendmilieus mit diffus rechtsextremen/fremdenfeindlichen Einstellungen und hoher Gewaltneigung.

Erste fundierte Täterstudien der 90er Jahren wiesen bereits auf den geringen Anteil organisierter Rechtsextremisten hin.⁴⁶ Die schwache Integrationskraft der wahlpolitisch weithin erfolglosen Rechtsaußenparteien konnte daher kein wichtiger Erklärungsfaktor sein. Die meisten Gewalttaten wurden ohne erkennbaren planerischen Vorlauf, mehr oder weniger spontan, in der Regel nicht von einzelnen, sondern in Cliques, oft unter Alkoholeinfluss begangen. Mehr als die Hälfte der fast ausschließlich männlichen, unterdurchschnittlich gebildeten Täter war unter 21 Jahre alt. Vorurteile gegen Fremde, demütigende Erfahrungen, die Suche nach Anerkennung bei Gleichaltrigen und die Lust auf aggressives körperliches Ausagieren waren vorherrschende Motive.⁴⁷

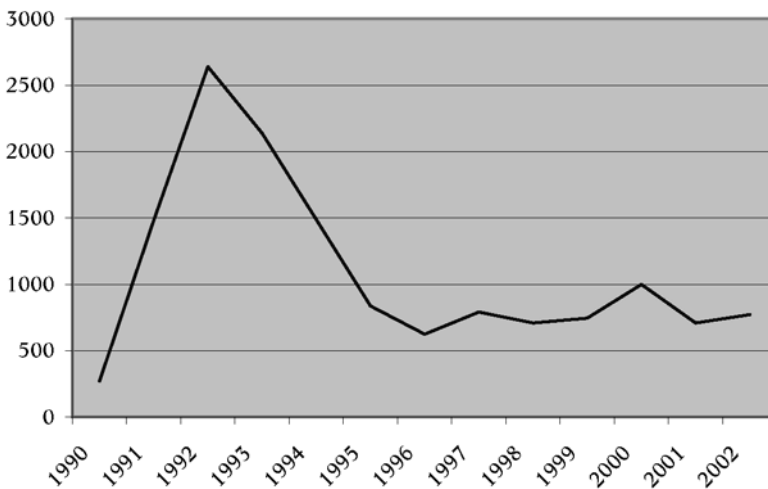


Abb. 6: Rechtsextrem/fremdenfeindlich motivierte Gewalt, 1990–2002 (Quelle: Verfassungsschutzberichte des Bundes).

46 Vgl. vor allem: Frank Neubacher, *Fremdenfeindliche Brandanschläge. Eine kriminologisch-empirische Untersuchung von Tätern, Tathintergründen und gerichtlicher Verarbeitung in Jugendstrafverfahren*, Godesberg 1998; Helmut Willems/Stefanie Würtz/Roland Eckert, *Forschungsprojekt: Analyse fremdenfeindlicher Straftäter*, hg. vom Bundesministerium des Innern, Bonn 1994.

47 Vgl. dazu folgende empirische Studien, die in den wesentlichen Punkten zu übereinstimmenden Ergebnissen gelangen: Andreas Marneros, *Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter - Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters*, Bern 2002; Christiane Tramitz, *Glatzen. Meine Begegnungen mit Skinheads*, München 2001; Klaus Wahl/Christiane Tramitz/Jörg Blumtritt, *Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen*, Opladen 2001; Klaus Wahl (Hg.), *Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rechtsextremismus. Drei Studien zu Tatverdächtigen und Tätern*, Berlin 2001.

Deutschland ist – im Unterschied zu seinen westeuropäischen Nachbarn – im Osten mit den Problemen von Transformationsgesellschaften konfrontiert, in denen Verfassungsstaat, Marktwirtschaft und Zivilität noch nicht tief verwurzelt sind. Der revolutionäre Umbruch war – trotz aller Hilfen aus dem Westen – mit enormen physischen wie psychischen Belastungen für die Bevölkerung der Ex-DDR verbunden. Überforderung und Desorientierung der Erwachsenen, unsichere Zukunftsaussichten, neue, ungewohnte Lebensumstände, Arbeitslosigkeit usw. schufen den Humus, auf dem eine militant-fremdenfeindliche jugendliche Subkultur gedeihen konnte. Zuwanderer werden besonders von jüngeren Deutschen mit ungesicherter beruflicher Perspektive als ungebetene Konkurrenz empfunden. Dies dürfte zum erhöhten Verbreitungsgrad xenophober Einstellungen in diesem Bevölkerungssegment beitragen.⁴⁸ Hinzu kommt die mangelnde Einübung im Umgang mit Fremden und die unvorbereitete, unter schwierigen Rahmenbedingungen erfolgende Konfrontation mit den Problemen der Immigration.⁴⁹ Von 1990 bis 2000 hat Deutschland mit rund 2 Mio. Asylbewerbern doppelt so viele Asylsuchende wie die USA und fast viermal so viele wie Großbritannien aufgenommen.⁵⁰

Im Unterschied zur Situation der frühen 80er Jahre und zu europäischen Nachbarstaaten wie Großbritannien und Schweden⁵¹ war Deutschland seit der Vereinigung nicht mit dem Phänomen eines aus dem Untergrund zielgerichtet und planhaft vorgehenden Rechtsterrorismus konfrontiert. Waffenfunde bei Hausdurchsuchungen von Neonationalsozialisten, Drohbriefe und „schwarze Listen“ einer „Anti-Antifa“, mitunter gewaltsames Vorgehen gegen politische Gegner veranlassten die Sicherheitsbehörden allerdings zu ständiger Wachsamkeit. Die im September 2003 bekannt gewordenen Vorgänge um die Münchener „Neonazi“-Gruppe „Kameradschaft Süd“ deuten darauf hin, dass diese im Herbst 2002 begonnen hatte, „innerhalb der Organisation einen von den übrigen Mitgliedern abgeschotteten Führungskreis mit fest gefügten Strukturen aufzubauen. Die Aufgabe des Führungskreises bestand darin, die politischen Ziele

48 Vgl. Jürgen W. Winkler, Ausländerfeindlichkeit im vereinigten Deutschland. In: Jürgen Falter/Oskar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen 2000, S. 435–476, hier S. 452.

49 Vgl. die Erörterung der Ursachen in folgendem Bericht: Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hg.), *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*, Berlin 2001, S. 292 f.

50 Vgl. Stefan Luft, *Mechanismen, Manipulation, Missbrauch. Ausländerpolitik und Ausländerintegration in Deutschland*, Köln 2002, S. 198; Schröder, *Rechtsextremismus*, S. 480.

51 Vgl. nur Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen 1991; Bernhard Rabert, *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995; Tore Bjørge, *Racist and Right-Wing Violence in Scandinavia. Patterns, Perpetrators and Responses*, Oslo 1997; Nick Lowles, *White Riot. The Violent Story of Combat 18*, Bury 2001.

des ‚Aktionsbüros‘ durch Einsatz von Waffen und Sprengstoff zu erreichen.“⁵² Geplant war u. a. ein Anschlag auf das Gelände des geplanten jüdischen Kulturzentrums am St. Jacobs-Platz in München. Damit sollte die für den 9. November 2003 vorgesehene Grundsteinlegung verhindert werden. Nach Informationen der Münchener Polizei und des Generalbundesanwalts gehörten der von dem Münchener Neonationalsozialisten Martin Wiese angeführten Gruppe elf aus München und Umgebung stammende Personen im Alter von 17 bis 37 Jahren an. Auch wenn keine Anhaltspunkte für eine bundesweite organisatorische Vernetzung bestanden, handelte es sich um Ansätze eines Rechtsterrorismus, wie sie seit Jahren in dieser Form nicht registriert worden waren.

Fremdenfeindliche Gewalttaten und Ansätze rechtsterroristischer Strukturen stellen eine Herausforderung für die innere Sicherheit in Deutschland dar und bedürfen – nicht zuletzt im Interesse der besonders betroffenen Minderheiten – gezielter Gegenmaßnahmen. Sie haben bislang indes keine die Stabilität oder gar den Bestand des demokratischen Verfassungsstaates gefährdende Dimensionen angenommen.

2. Linksextremismus

Von dem linksterroristischen Untergrund mit organisierten Gruppen der *Rote Armee Fraktion* (RAF) und der *Revolutionären Zellen* (RZ), der die Geschichte des westlichen Deutschland in den 70er und 80er Jahren begleitete,⁵³ ist kaum etwas übrig geblieben. Die von Linksextremisten im vereinten Deutschland begangenen Gewalttaten (siehe Abb. 7) gingen überwiegend von Aktivisten der sogenannten „autonomen“ Szene aus, die in den 80er Jahren das Erbe der „Spontis“ angetreten hatten. Diese griffen in ihrem Weltbild auf anarchistische wie marxistisch-antiimperialistische Deutungsmuster zurück und traten in der Öffentlichkeit vor allem durch das Agieren des „schwarzen Blocks“, Vermummter am Rande von Demonstrationen, in Erscheinung. Die „Szene“ ist mit mehr als 200 lokalen Gruppen über das Bundesgebiet verstreut. Schwerpunkte finden sich in einer Anzahl von Groß- und Universitätsstädten wie Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt, Nürnberg, Göttingen, Heidelberg. Eine zentrale Organisation fehlt. Versuche organisatorischer Bündelung wie die 1992 gegründete, 2001 wieder aufgelöste *Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation* (AA/BO) erwiesen sich aufgrund der Organisationsscheu der „Szene“ als wenig erfolgreich. Die „Autonomen“ profitierten vom Trend zur Auflösung

52 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Ermittlungen des Generalbundesanwalts gegen mutmaßliche Mitglieder einer rechtsextremistischen Vereinigung in München, Pressemitteilung 33 vom 7.11.2003.

53 Vgl. die neueren Forschungsergebnisse und -bilanzen bei: Gerd Koenen, Vesper, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003; Alexander Straßner, Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation, Wiesbaden 2005.

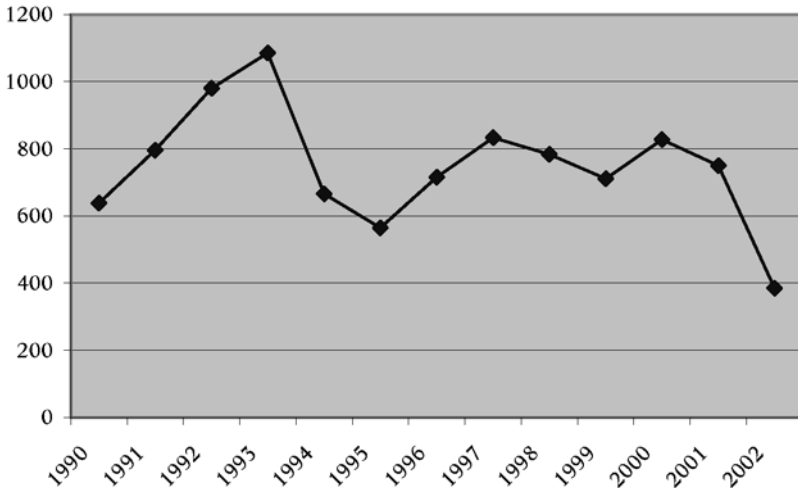


Abb. 7: Linksextreme Gewalttaten, 1990–2002 (Quelle: Verfassungsschutzberichte).

der Kadergruppen und Orthodoxien. Der in der „Szene“ aktive Personenkreis umfasste Ende 2002 rund 5 500 Personen. Neben dem Kampf gegen das „repressive“, „imperialistische“ und „kapitalistische“ System spielen der Einsatz gegen Kernkraft, „Rassismus“ und „Faschismus“ eine große Rolle. Bei der Auseinandersetzung mit Gruppierungen der Neo-NS- und Skinhead-Subkultur scheut man auch vor Gewaltanwendung nicht zurück. Darüber hinaus hat das Antiglobalisierungsthema an Bedeutung gewonnen.

Das Ausagieren in Form der Straßenmilitanz (zumeist am Rande von Demonstrationen) ist in den neunziger Jahren im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt zurückgegangen (wichtige Ausnahme: „Revolutionäre 1. Mai-Demo“ in Berlin). Kleingruppenorientiertes Handeln hat demgegenüber zugenommen.⁵⁴ „Militanzdebatten“ um Legitimität, Bedingungen, Modalitäten und strategische Erfordernisse des Einsatzes von Gewalt⁵⁵ orientierten sich überwiegend am Terrorkonzept der RZ, die in kritischer Auseinandersetzung mit der RAF auf technisch wie legitimatorisch aufwendige und risikoreiche „Aktionen“ wie Geiselnahmen und gezielte Tötungen verzichteten und sich statt dessen auf Anschläge gegen Sachen konzentrierten.⁵⁶ Sie gerieten damit allerdings insofern in ein strategisches Dilemma, als unblutige Sachbeschädigungen in aller Regel nicht das gewünschte Ausmaß an Publizität erzielten, zumal Häufigkeit

54 Vgl. Matthias Mletzko, Merkmale politisch motivierter Gewalttaten von militanten autonomen Gruppen, Magisterarbeit, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, November 1999, S. 103.

55 Vgl. Matthias Mletzko, Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen, Teil 1. Unterschiede am Beispiel „Antifa“ und „Anti-Antifa“ dargestellt. In: Kriminalistik 55 (2001) 8–9, S. 543–548.

56 Vgl. zur Strategie von RAF und RZ: Iring Fetscher/Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien, = Analysen zum Terrorismus 1, Opladen 1983.

und Stereotypie der Vorfälle Gewöhnungsprozesse und Indifferenz in der Öffentlichkeit begünstigten. Die strategischen Hauptziele des Gewalteinsatzes: Verunsicherung und Provokation des Gegners sowie Mobilisierung der Sympathisanten, wurden auf diese Weise nur in bescheidenem Maße erfüllt.

Nicht zuletzt aufgrund der Schwächung der „Szene“ und des Scheiterns der Versuche überregionaler Organisation mehrten sich seit einiger Zeit Stimmen, die dafür plädieren, über bloße Sachbeschädigungen hinauszugehen. Ein Beispiel bietet die *militante gruppe* (mg), die erstmals im Juni 2002 unter diesem Namen in Erscheinung trat. Der Regierungsbeauftragte für die Entschädigung der Zwangsarbeiter, Otto Graf Lambsdorff, und zwei Vertreter der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Manfred Gentz und Wolfgang Gibowski, erhielten in Briefen jeweils eine scharfe Kleinkaliberpatrone und ein Drohschreiben.⁵⁷ Die mg unterstrich ihr Plädoyer für „weitergehende Mittel“ seither durch eine Reihe von Anschlägen auf Firmenniederlassungen und Behörden im Berliner und Magdeburger Raum. Wie öffentliche Stellungnahmen und Drohbriefe zeigen, sind Anschläge gegen Personen nicht auszuschließen.

Trotz dieser Entwicklungen zeichnet sich derzeit in Deutschland keine Renaissance des Linksterrorismus – wie seit einigen Jahren in Italien⁵⁸ – ab. Weder Stabilität noch gar Bestand des demokratischen Verfassungsstaates sind durch linksextreme Gewalttaten bis auf weiteres ernsthaft gefährdet.

3. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Militante und gewaltorientierte Aktivitäten politisch-fundamentalistischer Prägung gingen im vereinten Deutschland bislang nur von islamistischen Vereinigungen aus. Zum einen werden politische Konflikte der Heimatländer in Deutschland lebender Immigranten hierzulande ausgetragen, zum anderen hat sich der in vielen Ländern weltweit operierende islamistische Terrorismus nicht erst seit dem 11. September 2001 zu einer Herausforderung für die innere Sicherheit entwickelt.

Von einem Konfliktimport kann im Falle der Vereinigung *Der Kalifatsstaat* die Rede sein. Die Ende 2001 rund 1 100 Mitglieder umfassende Organisation wurde im Dezember 2001 durch den Bundesminister des Innern mitsamt der Stiftung „Diener des Islam“ und 19 Teilorganisationen verboten.⁵⁹ Das Verbot war durch die Streichung des Religionsprivilegs im Vereinsgesetz möglich

57 Vgl. das Rechtfertigungsschreiben in: Interim Nr. 529 vom 27.7.2001, S. 20 f. Zitiert nach: Bundesministerium des Innern (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003, S. 155.

58 Siehe zur neuerlichen Attentatsserie: Amedeo Benedetti, *Il linguaggio delle nuove Brigate Rosse. Frasarario, scelte stilistiche e analisi comparativa delle rivendicazioni dei delitti D'Antona e Biagi*, Genua 2002.

59 Vgl. Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 12. Dez. 2001: „Schily verbietet islamistische Vereinigung ‚Kalifatsstaat‘“.

geworden. *Der Kalifatstaat* entstand Anfang der 80er Jahre als revolutionäre Abspaltung der IGMG.⁶⁰ Von 1984 an war die Organisation in Deutschland vereinsrechtlich registriert. Das politische Ziel bestand in der Wiedererrichtung des unter Kemal Atatürk in der Türkei 1924 aufgelösten „Kalifats“, also eines „islamischen Staates“ auf der Grundlage der Scharia. In ihrer Propaganda hetzte die Vereinigung gegen die Türkei und den Staat Israel und propagierte von 1996 an den Dihad im Sinne eines „heiligen Krieges“. 1995 hatte der Sohn des Gründers Cemaleddin Kaplan, Metin Kaplan, die Leitung übernommen. Er ging gegen „Abtrünnige“ vor und rief zum Mord an einem „Gegenkalifen“ auf, den unbekannte Täter vollzogen. Im November 2000 wurde Kaplan zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Ende 2002 hielten noch ca. 800 Personen ihre politischen Aktivitäten aufrecht. Dies bewies u. a. eine Nachfolgepublikation der Vereinszeitung mit dem Namen „Beklenen Asr-I Saadet“.⁶¹ Wegen des Verdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung wurden Ende 2003 Hausdurchsuchungen bei Beziehern der Zeitschrift durchgeführt.⁶²

In Deutschland existieren zahlreiche Ableger schiitischer wie sunnitischer islamistischer Vereinigungen – unter anderem aus Algerien (am mitgliederstärksten: die *Islamische Heilsfront* [FIS]), Ägypten (die *Muslimbruderschaft*), dem Libanon (die *Hizb Allah*) und Palästina (*HAMAS*). Wenn sie ins Visier der Sicherheitsbehörden gerieten, geschah dies in der Regel allerdings nicht aufgrund von Gewalttaten in Deutschland, sondern wegen der Unterstützung gewaltsam vorgehender Mutterorganisationen. Dies war zum Beispiel bei dem im August 2002 durch das Bundesinnenministerium verbotenen Spendensammelverein Al-Aqsa e. V. der Fall. Er unterstützte u. a. die Familien von Selbstmordattentätern in den palästinensischen Autonomiegebieten.⁶³

In Deutschland selbst stellen die konspirativ wirkenden Zellen des Terrornetzwerks *Al Qaida* und der mit ihm in Verbindung stehenden Untergrundstrukturen (u. a. sogenannte *non-aligned Mudjahedin*) ein gravierendes Sicherheitsproblem dar.⁶⁴ Zudem sind deutsche Touristen wiederholt Opfer von Anschlägen im Ausland geworden. Auf einem Tonband, das der arabische Sender Al Dschasira am 12. November 2002 ausstrahlte, bezeichnete Osama Bin Laden u. a. die „Tötung der Deutschen in Tunesien“ als „Vergeltungsaktion“: „Diese Aktionen

60 Vgl. Werner Schiffauer, *Die Gottesmänner. Türkische Islamisten in Deutschland. Eine Studie zur Herstellung religiöser Evidenz*, Frankfurt a. M. 2000.

61 Vgl. Bundesministerium des Innern, *Verfassungsschutzbericht 2002*, Berlin 2003, S. 187.

62 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, *Durchsuchung des Generalbundesanwalts in Braunschweig, Peine und Köln im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren wegen der Fortführung des verbotenen Kalifatsstaates*, Pressemitteilung 35 vom 11. 12. 2003.

63 Vgl. „Schily verbietet den der HAMAS zuzurechnenden Spendensammelverein AL-AQSA e. V.“, Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 5. 8. 2002.

64 Vgl. dazu ausführlich: Jan Keller, *Netzwerke „Arabischer Mujahedin“ in Deutschland*. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 194–208.

wurden von den unermüdlichen Söhnen des Islams ausgeführt, die ihre Religion verteidigen. Warum sollten Angst, Tod, Zerstörung, Vertreibung, Verwaisung und Verwitwung weiterhin unser Schicksal bleiben, während Sicherheit, Stabilität und Glück euer Schicksal sind? Das ist ungerecht. Es ist Zeit abzurechnen. Ihr werdet getötet werden, so wie ihr tötet, und ihr werdet bombardiert werden, so wie ihr bombardiert. Seid auf weitere Erschütterungen gefasst“.⁶⁵

Von dem Terrornetzwerk *Al Qaida* dürfte derzeit weltweit die größte Bedrohung für die innere Sicherheit der demokratischen Verfassungsstaaten ausgehen. Wie der Anschlag vom 11. September 2001 gezeigt hat, können Terroristen mit gezielten Schlägen nicht nur zahlreiche Menschen töten, sondern auch ein Klima der Angst erzeugen und enormen ökonomischen Schaden anrichten. Eine Eindämmung dieses Gefahrenherdes – nicht nur mit repressiven Mitteln – muss ein Ziel von hoher Priorität sein, wenn politisch-destabilisierenden Wirkungen in den Wohlstandszonen wirksam vorgebeugt werden soll.

IV. Vergleichende Betrachtungen

Auf der Verhaltensebene gelten freiheitlich-demokratische Systeme dann als konsolidiert, wenn deren Verfahrensregeln und Institutionen zum „only game in town“ geworden sind, also „kein wichtiger nationaler, sozialer, ökonomischer, politischer oder institutioneller Akteur bedeutende Ressourcen aufwendet, um seine Ziele durch die Schaffung eines nicht-demokratischen Regimes [...] zu realisieren.“⁶⁶ Von dieser Definition ausgehend, kommt von allen in diesem Beitrag behandelten politischen Akteuren allenfalls die PDS für die Prüfung der Frage in Betracht, ob die deutsche Vereinigung Prozesse der Demokratie-Dekonsolidierung in Gang gesetzt hat. Mit Ausnahme der Allparteienregierungen in den neugebildeten Bundesländern nach 1945 (unter Einschluss der KPD) war es in der Geschichte der Bundesrepublik keinem anderen Akteur mit zweifelhafter Systemloyalität gelungen, auf Länderebene in die Regierungsverantwortung zu gelangen.⁶⁷ Die Tolerierung von Minderheitsregierungen durch die PDS oder

65 Zitiert nach Kai Hirschmann, Religiös motivierter, internationaler Terrorismus: Eine neue Herausforderung für die Sicherheitspolitik. In: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), Dokumentation der Redebeiträge zum Symposium des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen „Islamismus, Terrorismus und die Sicherheitsdienste in Deutschland – Gefahren und Hintergründe“ am 12.2.2003 in Dresden, Dresden 2003, S. 44–49, hier S. 49.

66 So Juan J. Linz, Demokratisierung und Demokratietypen – neue Aufgaben für Komparatisten. In: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 10, Baden-Baden 1998, S. 81–96, hier S. 88.

67 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 4. Auflage Bonn 1996; Uwe Backes, Extremismus und politisch motivierte Gewalt. In: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hg.), Demokratien des 21. Jahrhunderts im Vergleich. Historische Zugänge, Gegenwartsprobleme, Reformperspektiven, Opladen 2003, S. 341–367.

gar deren Beteiligung an Koalitionsregierungen erfolgte allerdings ausschließlich im östlichen Deutschland und muss dort als Indiz für eine noch nicht abgeschlossene Demokratiekonsolidierung gelten. Allerdings wird dieser Tatbestand durch eine Reihe von Faktoren relativiert: Die PDS befindet sich nur als Juniorpartner an der Regierung und verfügt nicht über ausreichende politische Handlungsmöglichkeiten, um die von ihr angestrebte Systemtransformation zu initiieren. Sie hat durch den Beweis ihrer Koalitionsfähigkeit auf Landesebene bisher nicht an Terrain gewonnen – wodurch sich die innerparteilichen Kritiker dieser Strategie bestätigt fühlen. Zudem tragen die PDS-„Reformer“ ihre Systemkritik heute moderater vor als je zuvor, so dass manche meinen, es handle sich um eine Partei „wie jede andere“. Die in diesem Beitrag ausgebreiteten Befunde sind mit einer solchen Sichtweise schwer vereinbar. Hohe Stimmenergebnisse allein machen eine Partei eben noch nicht zu einem verfassungskonformen Akteur.

Ein Vergleich mit der Situation am anderen Flügel des politischen Spektrums vermag dies zu verdeutlichen. Die Partei der REP wurde nicht schon deswegen zur uneingeschränkt „demokratischen“ Kraft geadelt, weil sie ihre Systemkritik zurückhaltender vortrug als die meisten ihrer bei Wahlen zeitweise erfolgreichen Vorgänger rechtsaußen. Von den Transformationsproblemen im östlichen Deutschland haben Parteien dieser Couleur nur mäßig profitieren können. Die DVU zog zwar in östliche Landesparlamente ein, doch kam keine demokratische Partei auf den Gedanken, mit ihr ein Bündnis zu schließen. Im Verhalten gegenüber rechtsextremen Kräften ist der Boden des antiextremistischen Konsenses,⁶⁸ der im westlichen Deutschland im Laufe der Jahrzehnte breiter war als in anderen europäischen Demokratien, im Gegensatz zur Situation linksaußen nicht verlassen worden. Sollte das Taktieren in dieser wichtigen Frage zur Regel werden, müsste die Glaubwürdigkeit der großen demokratischen Parteien Schaden erleiden.

Wer an den Antiextremismus im Sinne eines Bestandteils des für pluralistische Gesellschaften unerlässlichen reflektierten consensus omnium⁶⁹ mit Blick auf normative, prozedurale und institutionelle Grundlagen erinnert, plädiert nicht notwendigerweise zugleich für einen repressiven Umgang mit extremistischen Kräften. Solange diese sich in legaler Form betätigen, sollte auch in einer „streitbaren Demokratie“ mit ihren Mechanismen zur Begrenzung der Teilhabeberechte nicht-verfassungsloyaler Akteure der ehrwürdigen liberalen Idee eines „free market-place of political ideas“ Rechnung getragen werden.⁷⁰

68 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, Antiextremismus – Prinzipien und Praxis. In: dies. (Hg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 12, Baden-Baden 2000, S. 13–30.

69 Im Sinne der Neopluralismustheorie. Vgl. nur Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien. In: ders., Deutschland und die westlichen Demokratien, 7. Auflage Stuttgart u. a. 1979, S. 32–47, hier S. 41 f.

70 In klassischer Form ausformuliert bei: John Stuart Mill, Über die Freiheit (1859), mit Anhang und Nachwort hg. von Manfred Schlenke, Stuttgart 1974.

Dies gilt umso mehr für demokratische Verfassungsstaaten, in denen ein hohes Maß an politischer Stabilität besteht. Legalitätsorientierte Extremismen mögen unter solchen Rahmenbedingungen mehr nützlich als schädlich (mit Blick auf die Bestandssicherung des politischen Systems) sein. Sie können als Krisenindikatoren dienen und auf politische Problemfelder hinweisen, die von den etablierten Parteien vernachlässigt werden. Auch „überzogene“ Argumente und Meinungsäußerungen befruchten mitunter plurale Diskurse. Damit in engem Zusammenhang steht das Mischungsverhältnis der von Flügelparteien ausgehenden integrativen und desintegrativen Wirkungen. Solange sie ihre systemkritischen und/oder systemüberwindenden Forderungen in den gewaltfreien Konfliktaustrag des demokratischen Wettbewerbs einbringen, binden sie ihre Anhängerschaft in die Prozesse der Meinungsbildung, Kompromissuche und Mehrheitsbeschaffung ein. Repressive Maßnahmen des Staates können vor diesem Hintergrund desintegrative Effekte verstärken.

Desintegrierende Effekte dürften zudem umso stärker sein, je aggressiver revolutionäre Forderungen erhoben werden und je größer der Anteil des politischen Aktionismus an der Gesamtstrategie des jeweiligen Akteurs ist. Am Beispiel der NPD lässt sich dies verdeutlichen. Sie durchlief in den 90er Jahren einen Radikalisierungsprozess, der durch eine Intensivierung der Systemkritik und eine zunehmende Hinwendung zu provokativer „Straßenpolitik“ gekennzeichnet war. Dadurch gewann sie Anziehungskraft auf Aktivisten militanter rechtsextremer Gruppierungen, denen die NPD der 80er Jahre zu „lasch“ und „verbürgerlicht“ erschienen war. Allerdings gab die Parteiführung, nicht zuletzt zur Vermeidung repressiver Maßnahmen des Staates, ihre Legalitätstaktik nicht auf. Die Aggressivität ihrer Parolen und die Propagierung hasserfüllter Feindbilder (linke „Zecken“, „Kanaken“, „Asos“) mochten das Legitimitätsbewusstsein in militanten „Szenen“ stärken und auf diese Weise anstachelnd wirken. Sie band ihre Mitglieder aber zugleich in die Parteidisziplin ein. Insofern waren die Auswirkungen eines NPD-Verbots nur schwer abzuschätzen. Es hätte womöglich Eskalationsprozesse in gewaltgeneigten „Szenen“ gefördert, also das Gegenteil des von den Antragstellern Gewünschten erreicht.

Die Integrationskraft legal operierender Extremismen gegenüber militanten „Szenen“ hängt neben ihrer strategischen Ausrichtung und dem Ausmaß ihrer Verfassungsloyalität von zahlreichen Faktoren ab: der Ausprägung charismatischer Führung, der Glaubwürdigkeit der Systemkritik, den durch Organisationsstärke und/oder wahlpolitische Mobilisationsfähigkeit zur Verfügung stehenden Ressourcen, der medialen Resonanz, den gesellschaftlichen und staatlich-institutionellen Reaktionen.

Ein wichtiger Faktor stellt darüber hinaus die Wechselwirkung einander als feindlich begegnender Extremismen dar. Die Links- und Rechtsaußenparteien gewinnen einen Teil ihrer politischen Identität aus der Konfrontation mit dem Kontrahenten. Dies gilt für die extreme Rechte allerdings in geringerem Maße als für die extreme Linke. Der Antikommunismus der extremen Rechten ist umso schwächer ausgeprägt, je stärker sie sich am historischen Vorbild des National-

sozialismus orientiert. Dies trifft vor allem für die NPD mit ihren sozialrevolutionären und antikapitalistischen Programmelementen zu. Im Vordergrund steht der Kampf gegen das „liberale System“. Dagegen nimmt der Antifaschismus bei Linksaußenformationen wie PDS, DKP oder MLPD eine zentrale Stellung ein. Aufgrund des Systemzusammenbruchs im Osten und der damit verbundenen Verunsicherung ideologischer Gewissheiten haben Anti-Haltungen noch an Bedeutung gewonnen.

Wegen der starken gesellschaftlichen Verankerung des Antifaschismus in den gebildeteren Gruppen der deutschen Bevölkerung (Antifaschismus gilt als Selbstverständlichkeit, Antikommunismus mitunter als „primitiv“) eignet er sich vorzüglich als Mobilisationsmittel. Linksaußenformationen profitieren von der Vitalität des Antifaschismus. Rechtsaußenformationen leiden hingegen unter der Abschwächung des Antikommunismus. Von dieser Ungleichgewichtigkeit abgesehen gilt: Die extreme Linke gewinnt einen Teil ihrer Vitalität aus der Konfrontation mit der extremen Rechten – und umgekehrt. Der Islamismus hat wegen seiner nur oberflächlichen Verwurzelung in Deutschland demgegenüber als Antipode und Sündenbock geringere Bedeutung.

Aus dem wechselseitigen Feindverhältnis folgt nicht notwendigerweise eine Eskalation (oder Deeskalation) der politischen Flügel. Hohe Wahlergebnisse rechts-

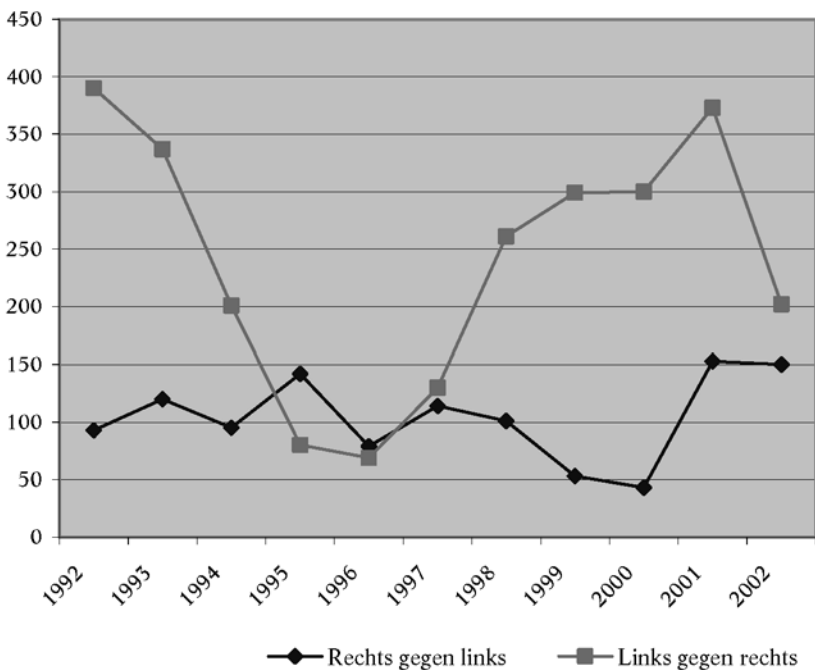


Abb. 8: Wechselseitige Gewaltanwendung von Links- und Rechtsextremisten, 1992–2002 (Quelle: Verfassungsschutzberichte).

außen haben weder zwangsläufig eine Stärkung noch eine Schwächung des linken Flügels zur Folge. Indes dürfte die PDS in den östlichen Ländern einen Teil des rechten Protestpotentials binden. Darauf deutete etwa eine Analyse des Wahlergebnisses in Sachsen-Anhalt 1998 hin: 22,2 Prozent der Wähler der DVU, die keine Direktkandidaten aufgestellt hatte, gaben ihre Erststimme der PDS.⁷¹ Die „Zähmung“ der PDS durch die Einbindung in Koalitionsregierungen könnte mithin die Chancen von Rechtsaußenparteien erhöhen.

Das Gros politischer Gewalttaten geht von den jugendlich-subkulturellen „Szenen“ der „Autonomen“ und (rechtsextremen) „Skinheads“ aus. Beide Gruppen grenzen sich in Verhaltens- und Umgangsformen, Symbolen und Kleidung provokativ von ihrer sozialen Umgebung ab. Beide betonen das Recht des Egos auf totales Ausleben der eigenen Wünsche und Ansprüche. Beide verfügen über keine annähernd geschlossenen Weltbilder, allenfalls über einen schmalen Konsens mit Blick auf wenige konkrete politische Forderungen. Vielfach verbindet die „Szene“ das schiere Sich-Auflehnen gegen alles Bestehende, die trotzig Negation, die pure Verachtung gegenüber sozialen Normen und/oder den Verfahrensregeln und Institutionen des Staates. Oft ist die aggressive Abgrenzung nach außen mehr Folge persönlicher Frustration als tief internalisierter politischer Überzeugungen.

Ungeachtet ihrer strukturellen Gemeinsamkeiten gewinnen beide Subkulturen ihr Selbstbild nicht zuletzt durch die wechselseitige Konfrontation. Der „Kampf gegen rechts“ und die Verachtung der „linken Zecken“ sind fester Bestandteil der jeweiligen Identität. Neben ihren ideologischen Gegensätzen rekurrieren sie auf unterschiedliche Mentalitätsbestände: Autonome sind mit ihrer Ablehnung von Autorität und gesellschaftlichen Konventionen das ins Extreme gesteigerte Spiegelbild der „postmateriellen“ Generation, die sich anti-autoritär gebärdete und das Ideal der Befreiung von allen gesellschaftlichen Zwängen propagierte. Dagegen kultivieren die Skinheads mit der Betonung militärischer Tugenden wie Ordnung, Disziplin und Sauberkeit unbewusst einen Affekt gegen die Selbstentfaltungswerte der „68er“.⁷²

Autonome, Neonationalsozialisten sowie (rechtsextreme) Skinheads pflegen nicht nur wechselseitige Feindbilder, sondern gehen gegeneinander auch gewaltsam vor (siehe Abb. 8). Die schon in den 80er Jahren aktive militante „Antifa“ findet in der „Anti-Antifa“ seit Anfang der 90er Jahre einen Gegenpol. Die im Januar 2004 durch das bayerische Innenministerium verbotene *Fränkische Aktionsfront* gehörte zu den auf diesem Feld besonders aktiven Gruppierungen.⁷³ Allerdings wendete die „Anti-Antifa“ in den 90er Jahren gegen ihre Kontrahen-

71 Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Wahl des Landtages von Sachsen-Anhalt am 26. April 1998. Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Halle 1998, S. 27.

72 Vgl. Uwe Backes, Links- und rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Unterschiede und Gemeinsamkeiten. In: Eckhard Jesse/Steffen Kailitz (Hg.), Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München 1997, S. 169–192.

73 „Beckstein verbietet rechtsextreme Fränkische Aktionsfront“. In: AFP-Meldung vom 22. 1. 2004.

ten in geringerem Maße Gewalt an als umgekehrt. Dies dürfte u. a. eine Folge größerer Aktionseffizienz der durchschnittlich älteren und intelligenteren „Antifa“-Aktivisten der linksmilitanten „Szene“ sein. Zudem findet der „Kampf gegen rechts“ stärkere soziale und mediale Unterstützung als der „Kampf gegen links“ – von dem niemand so redet.

„Autonome“ agierten in den 80er und 90er Jahren nicht selten am Rande linker Protestgruppen – mit sinkender Tendenz. Neonationalsozialisten und rechtsextreme Skinheads verfügten über keine ähnlichen Protestbewegungen, an deren Rand sie hätten agieren können. Die Qualifikation des Rechtsextremismus als „soziale Bewegung“ erfasst dessen Selbstverständnis, wird aber seiner mangelnden Mobilisationsfähigkeit nicht gerecht.⁷⁴ Allerdings ist diese – ablesbar an der Teilnehmerzahl von Aufmärschen – in den 90er Jahren gestiegen. Außerdem profitieren rechtsextreme Jugendszenen vor allem in den östlichen Ländern von xenophoben Stimmungen, die in einer Mischung aus Ängsten und Ressentiments bei einer starken Minderheit der Bevölkerung vorzufinden sind.

Das Ausmaß des organisierten Extremismus – in seinen nicht-gewaltsamen wie gewalttätigen Formen – hat trotz der mit dem Vereinigungsprozess verbundenen Belastungen in Deutschland keine stabilitäts- oder gar systemgefährdende Dimension angenommen. Eine von Extremismus und politisch motivierter Gewalt freie offene Gesellschaft gibt es nicht. Jenseits von Dramatisierung wie Nonchalance sollten sich alle demokratischen Kräfte gemeinsam darum bemühen, Extremismus und Gewalt mit rechtstaatlichen Mitteln in Grenzen zu halten.

V. Fazit

Nicht zuletzt aufgrund der „doppelten deutschen Diktaturerfahrung“⁷⁵ hat der organisierte politische Extremismus in Deutschland bislang keine destabilisierende oder gar systemgefährdende Dimension angenommen. Die wahlpolitischen Mobilisierungswellen der extremen Rechten erreichten in der Geschichte des westlichen Deutschland zu keinem Zeitpunkt systemgefährdende Ausmaße und schwächten sich zudem im Laufe der Jahrzehnte ab. Von der Vereinigung und den Transformationsproblemen im Osten vermochten sie nicht zu profitieren. Die extreme Linke spielte – mit Ausnahme der unmittelbaren Nachkriegs-

74 Ob der Rechtsextremismus in Deutschland Bewegungscharakter besitzt, wird in der Forschung kontrovers beurteilt. Vgl. die Erörterung dieser Streitfrage bei: Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus als neue soziale Bewegung? Aktivitäten und Kooperation von NPD, Neonazis und Skinheads. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16 (2003) 4, S. 43-54.

75 So Ludger Kühnhardt u. a. (Hg.), *Die doppelte deutsche Diktaturerfahrung. Drittes Reich und DDR – ein historisch-politikwissenschaftlicher Vergleich*, Frankfurt a. M. u. a. 1994.

jahre – erst nach dem Untergang des SED-Regimes in den Regionen der Ex-DDR eine bei Wahlen bedeutsame Rolle, verharrt jedoch im Stadium einer im westlichen Deutschland weitgehend erfolglosen Regionalpartei. Sie steht heute vor dem Dilemma, sich entweder uneingeschränkt in das System zu integrieren und beachtliche Teile der Alt-SED-„Basis“ zu verprellen oder konsequente Systemopposition zu betreiben und sich von der gemäßigten Linken zu isolieren. Von deren Verhalten und dem der übrigen demokratischen Parteien wird es abhängen, ob sich dies positiv auf den Prozess demokratischer Konsolidierung auswirken kann.

Gewaltorientierte Gruppierungen existieren an beiden Flügeln des politischen Spektrums. Was der inzwischen von der Bildfläche verschwundene RAF-Terrorismus der 70er und 80er Jahre durch spektakuläre Mordtaten an Prominenten erzielte, erreicht die kaum organisierte, ideologisch diffuse fremdenfeindliche Gewaltszene durch brutale Angriffe gegen schwache Minderheiten: ein hohes Maß öffentlicher Aufmerksamkeit. Dagegen findet die „sozialrevolutionäre“ Gewalt „autonomer“ Gruppen geringere Beachtung. Politisch motivierte Gewaltkriminalität stellt eine Herausforderung für die innere Sicherheit, bislang aber kein schwerwiegendes destabilisierendes Moment dar. Eine solche Entwicklung wäre wohl am ehesten von Anschlägen der Intensität des 11. September 2001 zu befürchten. Diese Überlegung verweist auf die Gefahren eines politisch-religiösen Fundamentalismus islamistischer Prägung, der aber im übrigen in Deutschland ein durch Zuwanderung importiertes Phänomen darstellt und noch keine tieferen Wurzeln geschlagen hat.

Trotz der gravierenden Folgekosten des Vereinigungsprozesses und der besonderen Situation in den östlichen Ländern fällt der organisierte Extremismus hierzulande nicht aus dem westeuropäischen Rahmen. Der Grad der Stabilität und Demokratiekonsolidierung Deutschlands beruht im übrigen auf einer Anzahl gewichtiger Faktoren, die Extremismen das Wasser abgraben: vor allem der internationalen Einbindung, den im großen und ganzen erprobten politischen Institutionen, der gewachsenen Bürgerkultur, dem hohen Wohlstandsniveau, dem noch immer dicht geknüpften sozialen Netz und der von bitteren historischen Erfahrungen geprägten besonderen Wachsamkeit der „streitbaren Demokratie“ mit ihren präventiven wie repressiven Instrumenten. Wenn außenpolitische Stabilität weiterhin gesichert, die Leistungsfähigkeit des politischen Systems erhalten, seine Reformfähigkeit gestärkt, der ökonomische Besitzstand behauptet, das soziale Gleichgewicht beachtet und der antiextremistische Konsens bewahrt und erneuert wird, dürften Antisystemparteien auch künftig chancenlos bleiben.